

VERENA FRICKE

Der Unterlassungsanspruch  
gegen Presseunternehmen  
zum Schutze des  
Persönlichkeitsrechts  
im IPR

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

110

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

110

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Verena Fricke

Der Unterlassungsanspruch gegen  
Presseunternehmen  
zum Schutze des  
Persönlichkeitsrechts  
im Internationalen Privatrecht

Mohr Siebeck

*Verena Fricke*, geboren 1971 in Bad Harzburg; 1990–92 Banklehre in Göttingen; 1992–97 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und München; 1997–99 Referendariat am Oberlandesgericht München; 2002 Promotion.

Für Sara,

deren Entwicklung ich während der Entstehung dieses Buches voller Freude miterleben konnte

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

978-3-16-158398-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148117-8

ISSN 0720-1147 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

## Vorwort

Die Arbeit wurde im Sommer 2002 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Sie ist am dortigen Institut für Internationales Recht – Rechtsvergleichung im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten europäischen Graduiertenkollegs zum Persönlichkeitsschutz entstanden.

Mein verehrter Doktorvater, Herr Prof. Dr. Andreas Heldrich, hat das Thema angeregt. Er hat mir bei der Ausarbeitung wissenschaftliche Freiheit gewährt und mich aufmunternd inhaltlich begleitet. Das Erstgutachten hat er innerhalb nur weniger Wochen verfasst. Für all dieses möchte ich ihm aufrichtig und herzlich danken. Ebenso möchte ich Frau Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen danken für ihre gleichfalls kurzfristige Erstellung des Zweitgutachtens und ihre anregenden Diskussionen im Rahmen des Graduiertenkollegs. Dem Sprecher des Kollegs, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Jürgen Sonnenberger, danke ich für seinen unermüdlichen Einsatz für das Kolleg. Nicht zuletzt hat er auch die Verbindung mit M. le Professeur Louis Vogel hergestellt, an dessen Institut de droit comparé der Université Panthéon-Assas (Paris II) ich dankenswerter Weise mehrere Monate zum französischen Recht forschen konnte.

Herrn Prof. Dr. Jan Kropholler möchte ich für die Aufnahme der Dissertation in die „Studien“ des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht meinen Dank aussprechen. Der DFG bin ich für das Doktorandenstipendium im Rahmen des Graduiertenkollegs sowie zahlreiche Veranstaltungen zum Persönlichkeitsrecht verbunden.

Für die freundliche Aufnahme und die hervorragenden Arbeitsbedingungen danke ich dem Lehrstuhl von Prof. Heldrich, allen voran seinem Assistenten Dr. Gebhard M. Rehm. Seine stete Diskussionsbereitschaft und ungezählten weiterführenden Gedanken waren mir eine besondere Hilfe. Danken möchte ich auch meinen Mit-Kollegiatinnen Dr. Katrin Friedrich, Dr. Ihna Gerdes, Dr. Tanja Kristin und Dr. Ursula Schwessinger für viele Besprechungen inhaltlicher und organisatorischer Art.

Sehr herzlich bedanke ich mich bei Julia Winneke und Dr. Felix Rollin. Beide haben selbst unter großem Zeitdruck die Dissertation sorgfältig Korrektur gelesen und mir wertvolle Anregungen gegeben. Meiner lieben Familie gebührt für ihre Unterstützung und gelassene Zuversicht während meiner gesamten Ausbildung ein besonderer Dank.

Für seinen motivierenden Glauben an die Entstehung dieses Buches sowie den mir geschenkten menschlichen und fachlichen Rückhalt danke ich von Herzen meinem Freund, Dipl.-Phys. Karsten Königer.



## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	VIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
Einleitung.....	1
Erstes Kapitel: Kriterien für eine kollisionsrechtliche Regelung .....	6
Zweites Kapitel: Höherrangiges Recht .....	32
Drittes Kapitel: Sachrecht, insbesondere Unterlassungsanspruch .....	82
Viertes Kapitel: Mögliche Anknüpfungsregeln.....	162
Fünftes Kapitel: Grundzüge des speziellen Deliktsstatuts .....	187
Sechstes Kapitel: Bestimmung des speziellen Deliktsstatuts.....	219
Siebentes Kapitel: Internationale Zuständigkeit.....	286
Achstes Kapitel: Vereinbarkeit mit Art. 28 EGV? .....	332
Neuntes Kapitel: Zusammenfassung .....	348
Literaturverzeichnis.....	351
Entscheidungsverzeichnis.....	379
Sachverzeichnis.....	387



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XV
-----------------------------	----

## Einleitung

A. Abgrenzung der Fragestellung.....	1
B. Bedeutung des Unterlassungsanspruchs .....	2
C. Kollisionsrechtliche Bedeutung.....	3
D. Rechtsvergleich .....	3

## Erstes Kapitel: Kriterien für eine kollisionsrechtliche Regelung

A. Kollisionsrechtliche Interessen.....	6
I. Parteiinteresse.....	8
1. Verletzter .....	9
2. Verletzer.....	10
II. Verkehrsinteresse.....	10
III. Ordnungsinteresse .....	12
1. Innerer Entscheidungseinklang .....	13
2. Äußerer Entscheidungseinklang .....	13
3. Eindeutige Bestimmung einer Rechtsordnung .....	15
4. Anwendung der lex fori?.....	16
a) Allgemeines Interesse .....	16
b) Nichtermittelbarkeit.....	17
c) Anerkennung über renvoi und ordre public .....	18
5. Praktikabilität der Anknüpfung.....	19
IV. Zusammenfassung .....	19
B. Sachrechtliche Interessen.....	19
I. Struktur und Begriffe des Sachrechts.....	20
II. Wertungen des Sachrechts .....	21
III. Sachrechtsvergleichung .....	22
C. Einfluss höherrangigen Rechts .....	23
I. Einfluss des Verfassungsrechts .....	24
II. Einfluss des Europäischen Gemeinschaftsrechts.....	24
III. Einfluss der EMRK .....	26
1. Deutschland .....	26
2. Frankreich.....	28
3. Schweiz.....	29
IV. Zwischenergebnis .....	29
D. Zusammenhang mit dem Recht der internationalen Zuständigkeit.....	30

Zweites Kapitel: Höherrangiges Recht

A. Europäische Menschenrechtskonvention .....	31
B. Europäisches Gemeinschaftsrecht .....	33
C. Deutsches Verfassungsrecht .....	35
I. Zusammenhang von Grundrechten und Zivilrecht .....	35
II. Der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	38
1. Grundgedanke des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	38
2. Konkretisierungen .....	40
a) Recht auf Selbstbestimmung des eigenen Persönlichkeitsbildes .....	40
b) Recht am eigenen Bild .....	42
c) Recht am eigenen Wort .....	44
d) Recht auf Schutz vor psychischem Druck öffentlicher Anteilnahme .....	44
e) Recht der persönlichen Ehre .....	46
f) Recht auf Sicherstellung gleicher publizistischer Wirkung .....	46
3. Beschränkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	47
a) Keiner Abwägung zugänglicher Kernbereich .....	48
b) Weitere Sphären der Persönlichkeit .....	49
III. Der Schutz der Meinungs- und der Pressefreiheit .....	51
1. Gemeinsamkeiten .....	51
a) Ziele und Inhalte .....	51
b) Schmähkritik .....	52
c) Wahrheitsgehalt .....	52
2. Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG) .....	54
a) Bedeutung und Ziel .....	54
b) Inhalt .....	54
aa) Allgemein .....	54
bb) Werturteil und Tatsachenbehauptung .....	55
3. Grundrecht der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG) .....	57
a) Bedeutung und Ziel .....	57
b) Inhalt .....	58
aa) Institution der Presse .....	58
bb) Schutz unabhängig von dem Wertgehalt des Presse-	
erzeugnisses .....	59
cc) Abgrenzung zur Meinungsfreiheit .....	61
4. Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG .....	62
5. Abwägung .....	63
a) Bedeutung der Grundrechte bei deren Abwägung mit dem	
Persönlichkeitsrecht .....	64
b) Abwägungskriterien .....	64
aa) Zweck und Wertgehalt des beschränkenden Verhaltens .....	65
bb) Wahrheitsgehalt .....	66
cc) Methode der Informationsgewinnung .....	66
dd) Vorverhalten des Betroffenen .....	67
ee) Mittel der Darstellung? .....	68
ff) Bekanntheitsgrad des Betroffenen .....	68
gg) Persönlichkeitsrechtssphäre .....	69
IV. Der Schutz der Kunstfreiheit .....	69

D. Ausländische Verfassungen.....	70
I. Französisches Verfassungsrecht.....	71
1. Persönlichkeitsschutz.....	71
2. Kommunikationsfreiheit.....	72
3. Bedeutung in der Rechtspraxis.....	74
II. Schweizerisches Verfassungsrecht.....	76
1. Persönlichkeitsschutz.....	77
2. Kommunikationsfreiheiten.....	78
3. Abwägung.....	80
E. Auswirkung auf die kollisionsrechtliche Regelung von presserechtlichen Unterlassungsansprüchen.....	80

### Drittes Kapitel: Sachrecht, insbesondere Unterlassungsanspruch

A. Struktur des Persönlichkeitsschutzes.....	81
I. Umfang des Persönlichkeitsschutzes.....	82
1. Deutschland.....	82
2. Schweiz.....	84
3. Frankreich.....	85
a) Vie privée.....	87
b) Droit à l'image.....	89
c) Protection de l'honneur.....	90
d) Droit à l'oubli.....	90
II. Verletzung.....	91
III. Rechtswidrigkeit.....	94
1. Abwägung.....	95
a) Deutschland.....	95
b) Schweiz.....	96
c) Frankreich.....	96
d) Zwischenergebnis.....	98
2. Wahrnehmung berechtigter Interessen.....	98
3. Einwilligung.....	99
B. Ansprüche zum Schutz des Persönlichkeitsrechts.....	102
I. Geldleistung.....	104
1. Ersatz materiellen Schadens.....	104
2. Ersatz immateriellen Schadens.....	112
a) Rechtsgrundlage und Voraussetzungen.....	113
b) Rechtsfolge und Funktion des Geldentschädigungsanspruchs.....	116
3. Eingriffskondition.....	122
4. Angemessene Eigengeschäftsführung.....	127
II. Beseitigung.....	128
III. Feststellungsanspruch?.....	133
IV. Gegendarstellung.....	135
V. Unterlassung.....	137
1. Anspruchsgrundlage.....	138
2. Antrag und Anspruchsziel.....	138
3. Tatsachenbehauptungen und Meinungsäußerungen.....	140
4. Erstbegehungs- und Wiederholungsgefahr.....	141
5. Prozessualer Rechtsbehelf oder materiellrechtlicher Anspruch?.....	143
a) Auswirkungen der unterschiedlichen Ansichten.....	143

b) Verständnis nach deutschem Recht .....	144
c) Verständnis nach französischem Recht .....	145
6. Gerichtliche Geltendmachung .....	147
7. Zwangsvollstreckung .....	149
8. Extraterritoriale Durchsetzung .....	150
C. Anspruchsverpflichtete .....	152
I. Verleger .....	152
II. Weitere Anspruchsverpflichtete .....	154
D. Zusammenfassung: Funktionen und Wertungen des Anspruchssystems .....	157

#### Viertes Kapitel: Mögliche Anknüpfungsregeln

A. Exkurs: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich? .....	160
B. Personalstatut .....	162
C. Lois de police – Eingriffsnormen .....	166
D. „Lex rei sitae“ .....	167
E. Lex fori .....	167
F. Zwischenergebnis .....	168
G. Spezielle Anknüpfungsregeln im Überblick .....	169
I. Statut der Eingriffskondition .....	169
II. Statut der angemaaften Eigengeschäftsführung .....	170
III. Deliktsstatut .....	171
1. Geltungsgründe bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen .....	171
2. Gesetzliche Regelungen allgemein .....	173
a) Deutschland .....	173
b) Art. 139 IPRG der Schweiz .....	177
c) Europäische Harmonisierungsbestrebungen für das Internationale Deliktsrecht .....	178

#### Fünftes Kapitel: Grundzüge des speziellen Deliktsstatuts

A. Lex loci delicti commissi .....	185
B. Ubiquitätsprinzip mit Regelanknüpfung .....	187
I. Rechtfertigung der ubiquitären Anknüpfung .....	187
1. Alleinige Anknüpfung an den Handlungsort .....	190
a) Bestimmbarkeit des Erfolgsortes .....	190
b) Vergleich mit Frankreich .....	191
c) Sonderbehandlung des Unterlassungsanspruchs? .....	192
d) Zwischenergebnis .....	195
2. Alleinige Anknüpfung am Erfolgsort .....	195
a) Vorrang der Ausgleichsfunktion? .....	195
b) Unzumutbarkeit für Presseunternehmen? .....	196

c)	Vergleich mit der Rechtslage in Frankreich .....	197
d)	Harmonisierungsentwürfe .....	200
aa)	Ministerrats-Vorentwurf .....	200
bb)	GEDIP-Entwurf .....	201
cc)	Kommissionsentwurf .....	201
dd)	Zusammenfassung Harmonisierungsentwürfe .....	202
e)	Zwischenergebnis .....	202
3.	Ubiquitäre Anknüpfung .....	203
II.	Rechtfertigung der Regelanknüpfung .....	204
C.	Bestimmungsrecht des Art. 40 Abs. 1 S. 2, 3 EGBGB .....	207
D.	Umfang des Deliktsstatuts .....	212

### Sechstes Kapitel: Bestimmung des speziellen Deliktsstatuts

A.	Lokalisierung des Handlungsortes .....	217
I.	Kollisionsrechtliches Ziel der Handlungsortsanknüpfung .....	218
II.	Mögliche Handlungsorte .....	220
1.	Druckort .....	220
2.	Erscheinungsort .....	220
3.	Sitz des Verlages .....	222
4.	Vertriebsort .....	224
III.	Rechtsvergleichendes Zwischenergebnis .....	226
B.	Lokalisierung des Erfolgsortes .....	227
I.	Kollisionsrechtliches Ziel der Erfolgsortsanknüpfung .....	228
1.	Ausgleichs- sowie Verhaltenssteuerungsfunktion .....	228
2.	Verkehrsinteressen: Ausschluss der Schadensorte .....	228
II.	Verbreitungsorte und ihre Einschränkung .....	230
1.	Schwerpunkt Betrachtung der Verbreitungsorte .....	232
a)	Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt des Verletzten .....	233
b)	Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt sowie zusätzlich Orte erhöhter Bekanntheit .....	236
c)	Exkurs: Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt unabhängig von Verbreitung .....	237
d)	Zusammenfassende Ablehnung der Schwerpunktbetrachtung zur Einschränkung .....	239
2.	Vertriebsorte als Orte bestimmungsgemäßer Verbreitung .....	240
III.	Vertriebsort sowohl Erfolgs- als auch Handlungsort? .....	243
IV.	Einschränkung der Vielzahl von Vertriebsorten .....	245
1.	Einschränkung durch Regelmäßigkeit des Vertriebes .....	247
2.	Einschränkung durch Quantität der vertriebenen Presseerzeugnisse .....	248
3.	Einschränkung der Vertriebsorte durch Schwerpunktbetrachtung .....	250
4.	Einschränkung der Vertriebsorte durch Mosaikprinzip .....	253
a)	Inhalt des Mosaikprinzips .....	253
b)	Übertragung des Mosaikprinzips auf den Unterlassungsanspruch .....	254
c)	Mosaikprinzip und Handlungsort .....	255
d)	Mosaikprinzip und Bestimmungsrecht .....	256
e)	Kritik am Mosaikprinzip .....	257
5.	Mosaikprinzip contra Schwerpunktbetrachtung .....	261
6.	Zwischenergebnis .....	264

C.	Durchbrechungen der Tatortregel.....	266
I.	Art. 40 Abs. 2 EGBGB: Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt.....	266
II.	Art. 41 EGBGB: Ausweichklausel „wesentlich engere Verbindung“, insbesondere Akzessorietät.....	270
III.	Art. 42 EGBGB: Rechtswahl.....	273
1.	Nachträgliche Rechtswahl.....	274
2.	Wählbare Rechtsordnung.....	276
3.	Zwischenergebnis Rechtswahl.....	278
D.	Rück- und Weiterverweisung.....	278
E.	Ordre public, insbesondere Art. 40 Abs. 3 EGBGB.....	281
F.	Zusammenfassung Deliktsstatut.....	282

### Siebentes Kapitel: Internationale Zuständigkeit

A.	Interessen.....	284
B.	Gesetzliche Regelungen allgemein.....	285
I.	Deutschland.....	286
1.	Allgemeines zur EuGVVO.....	287
2.	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	288
II.	Frankreich.....	291
III.	Schweiz.....	292
C.	Tatortlokalisierung.....	293
I.	Ubiquitätsprinzip.....	294
II.	Lokalisierung des Handlungsortes.....	295
1.	Verlags-, nicht Erscheinungsort.....	296
2.	Vertriebsorte.....	297
III.	Lokalisierung des Erfolgsortes.....	299
1.	Exkurs: Verbreitungsunabhängiger Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt.....	300
2.	Vertriebsorte als Orte bestimmungsgemäßer Verbreitung.....	303
3.	Weitere Einschränkung wegen Gefahren des forum shopping?.....	305
a)	Indirekte einseitige Rechtswahl.....	305
b)	Eingeschränkte Wirksamkeit.....	307
c)	Zwischenergebnis forum shopping.....	307
4.	Weitere Einschränkung wegen konkurrierender Zuständigkeiten?.....	308
5.	Weitere Einschränkung wegen Meinungs- und Informationsfreiheit?.....	308
6.	Zwischenergebnis.....	309
7.	Weitere Einschränkung durch Schwerpunkt Betrachtung?.....	310
a)	Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt.....	310
b)	Hauptverbreitungsgebiet.....	311
c)	Kritik.....	311
8.	Weitere Einschränkung durch Beschränkung der Kognitionsbefugnis?.....	312
a)	Rechtsprechung in Frankreich.....	313
b)	Shevill-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes.....	315
c)	Kritik.....	317
aa)	Sach- und Beweisnähe sowie Klägerbegünstigung.....	318
bb)	Forum shopping.....	319

cc) Verstoß gegen die EuGVVO.....	321
dd) Einheit der Parteien .....	322
ee) Auswirkungen auf das Kollisionsrecht.....	323
ff) Weitere Kritik an beschränkter Kognitionsbefugnis .....	326
d) Zwischenergebnis .....	327
D. Zusammenfassung des Internationalen Zuständigkeitsrechts.....	328

### Achtes Kapitel: Vereinbarkeit mit Art. 28 EGV?

A. Anwendbarkeit auf das Privatrecht .....	330
B. Voraussetzungen des Art. 28 EGV.....	331
I. Ware .....	331
II. Maßnahmen gleicher Wirkung .....	332
1. Allgemeines Beschränkungsverbot.....	334
2. Diskriminierungsverbot .....	335
3. Zwischenergebnis .....	337
III. Schranken der Warenverkehrsfreiheit.....	337
1. Verhältnismäßige, zwingende Erfordernisse.....	338
a) Unterschiedlos angewandte Maßnahmen im Allgemeininteresse...	338
b) Verhältnismäßigkeit .....	339
c) Zwischenergebnis .....	341
2. Rechtfertigungsgründe des Art. 30 EGV .....	341
IV. Zwischenergebnis .....	342
C. Rechtsfolge .....	343
I. Vertragskonforme Auslegung? .....	343
II. Ergebnis und Ausblick .....	344

### Neuntes Kapitel: Zusammenfassung

Literaturverzeichnis .....	351
Entscheidungsverzeichnis.....	379
Sachverzeichnis.....	387

# Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz / Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
allg.	allgemein
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art. / Artt.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
Aufl.	Auflage
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayPrG	Bayerisches Pressegesetz
Begr.	Begründer
BBl.	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd. / Bde.	Band / Bände
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bearb.	Bearbeitung
BerGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-E	Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates
Brit. Y.B. Int'l. L.	British Yearbook of International Law
BT-Drucks.	Drucksachen des Bundestages
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CA	Cour d'appel



Cass.civ.	Cour de cassation
CC	Code Civil
CH	Confoederatio Helvetica
Chron	Chronique
CP	Code Pénal (häufig auch NCP, Nouveau Code Pénal, genannt)
CPrC	Code de Procédure Civile
CPrP	Code de Procédure Pénale
d.	des / der / die
D	Dalloz
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIP	Droit international privé
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
€	Euro
EFTA	European Free Trade Association
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGBGB-E	Entwurf des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGKom-RefE	Entwurf der Kommission der Europäischen Gemeinschaft einer Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht vom 21. Juni 1999
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Encycl.	Encyclopédie
endg.	endgültig
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (= Brüssel I-Verordnung)
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968

EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f. / ff.	folgende [Seite] / folgende [Seiten]
F	Frankreich
Fasc.	Fascicule
FDP	Freie Demokratische Partei (Deutschlands)
Fn.	Fußnote(n)
FS	Festschrift
Gaz.Pal.	Gazette du Palais
GEDIP	Groupe Européen de Droit International Privé
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
Halbbd.	Halbband
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.Br.	im Breisgau
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
IJVO	Internationale Juristenvereinigung Osnabrück
insb.	insbesondere
Int.	Internationale
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (Schweiz, s. LDPI)
IR	Informations Rapides
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.	in Verbindung
i.V.m.	in Verbindung mit

IVR	Internationales Verfahrensrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J	Jurisprudence
JA	Juristische Arbeitsblätter
J.-Cl.	Juris Classeur
JCP	Juris-Classeur Périodique – La semaine juridique
JDI	Journal de droit international (= Clunet)
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht (Berlin)
KOM	Dokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
LDPI	Loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (Schweiz, s. IPRG)
Lég.	Législation
lit.	litera
LPG	Landespressegesetz
lt.	laut
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen, geschlossen in Lugano am 16. September 1988
MPI	Max-Planck-Institut
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NCPrc	Nouveau Code de Procédure Civile
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
n°	numéro
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	Rechtsprechungssammlung der Oberlandesgerichte
OR	Schweizerisches Obligationenrecht vom 30. März 1911
PatG	Patentgesetz

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (bis einschließlich Band 26 [1961] unter dem Titel „Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht“)
RAnwVO (1942)	Verordnung über die Rechtsanwendung bei Schädigungen deutscher Staatsangehöriger außerhalb des Reichsgebiets vom 7. Dezember 1942
Rec.	Recueil
Rev.crit.DIP	Revue critique de droit international privé
Rev.int.dr.comp.	Revue internationale de droit comparé
RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes – Kommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Röm.	Römisches
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randziffer(n)
S.	Seite(n); Satz/Sätze
s.	siehe
S.A.	Société anonyme
SC	Sommaires commentés
schweiz.	schweizerisch
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften: Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes
sog.	so genannt
Somm	Sommaires
St.	Sankt
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
TGI	Tribunal de Grande Instance
TU	Technische Universität
u.	und
u.a.	und andere / unter anderem
UFITA	Schriftenreihe des Archivs für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
Univ.	Universität
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
Urt.	Urteil

US	United States
U.S.A.	United States of America
u.U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom / von / vor
v.a.	vor allem
verb.	verbunden
Verf.	Verfasserin
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Zivilrechtl.	Zivilrechtlich
ZöfFR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zugl.	zugleich
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International – Jahrbuch des Internationalen Zivilprozeßrechts

## Einleitung

Ein wohl nie an Aktualität verlierendes Thema ist der Schutz der Persönlichkeit vor den Medien. So brachte schon 1913, lange Zeit vor Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, Friedrich Mann seine Empörung über die Verletzung seiner Persönlichkeit und Ehre sowie der Familienehre<sup>1</sup> zum Ausdruck, indem er öffentlich vor der Lektüre des 1901 erschienenen Erstlingsromans seines Neffen Thomas Mann „Die Buddenbrooks“ warnte: „Wenn der Verfasser der ‚Buddenbocks‘ [sic!] in karikierender Weise seine allernächsten Verwandten in den Schmutz zieht und deren Lebensschicksale eklatant preisgibt, so wird jeder recht denkende Mensch finden, dass dieses verwerflich ist. Ein trauriger Vogel, der sein eignes Nest beschmutzt.“<sup>2</sup> Der Onkel war erkennbares Vorbild für die Romanfigur Christian Buddenbrook, einen Hypochonder mit Höckernase und krummen Beinen.

Dieses Werk ist in dreißig Sprachen übersetzt worden, wird auch im Ausland verkauft und gelesen, so dass sich für den Schutz der Persönlichkeit des Friedrich Mann die Frage nach dem anwendbaren Recht für einen Unterlassungsanspruch stellen kann.

### *A. Abgrenzung der Fragestellung*

Da Friedrich Mann bereits verstorben ist, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der postmortale Persönlichkeitsrechtsschutz und dessen kollisionsrechtliche Behandlung aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind<sup>3</sup>.

Auch wird allein der Rechtsschutz gegen das Verbreitungsmedium Presse untersucht, die Medien Rundfunk, also Radio und Fernsehen, sowie

---

<sup>1</sup> Diese ist kein geschütztes Rechtsgut in Deutschland, anders in Frankreich, s. S. 88.

<sup>2</sup> Abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.10.2001.

<sup>3</sup> S. zum deutschen Sachrecht: BVerfGE 30, 173 (194, 196) - Mephisto; BGHZ 50, 133 (135 ff.) - Mephisto; BGHZ 107, 384 (389 ff.) - Emil Nolde; BGHZ 143, 214 (220 ff.) - Marlene Dietrich; *Heldrich* in FS Lange, 1970, 163-178; *Ehlers/Baumann*, ZVglRWiss 77 (1978), 241 (279 ff.); *Gleichauf*, Postmortales Persönlichkeitsrecht im IPR, 1999. S. zum französischen Recht: TGI Paris D 1977, J, 83-84 - Jean Gabin; TGI Paris JCP 1997, II, 22845, S. 240-242 - Mitterand; *Tallon* in Encycl. Dalloz Civil, Personnalité, 1996 (F), Rz. 141, 163 ff.; *Gleichauf*, Postmortales Persönlichkeitsrecht im IPR, 1999.

Internet<sup>4</sup> bleiben außer Betracht, weil gerade bei der grenzüberschreitenden Informationsverbreitung und ihrer Unterlassung die Körperlichkeit des Mediums eine eigene Rolle spielt. Unter den gedruckten Erzeugnissen von Presseunternehmen sind nicht nur periodisch erscheinende Werke wie Zeitungen und Zeitschriften zu verstehen, sondern auch, wie das Eingangsbeispiel verdeutlicht, sonstiges Druckwerk wie Bücher<sup>5</sup>.

Der Persönlichkeitsrechtsschutz von juristischen Personen<sup>6</sup> bleibt ebenso unberücksichtigt wie derjenige von Gewerbetreibenden, es geht allein um die natürliche Person.

### *B. Bedeutung des Unterlassungsanspruchs*

Von den verschiedenen Rechten, die einer Person aufgrund der Verletzung ihrer Persönlichkeit zustehen können, wird schwerpunktmäßig auf den Unterlassungsanspruch eingegangen. Dies liegt an der besonderen Schutzbedürftigkeit sowohl des Opfers als auch des (potentiellen) Verletzers:

Auf der einen Seite ist der Unterlassungsanspruch der einzige Anspruch, der vorbeugend geltend gemacht werden kann. Der vorbeugende Rechtsschutz spielt gerade für den Schutz des immateriellen Rechtsguts der Persönlichkeit eine besondere Rolle. Das Persönlichkeitsrecht ist nicht nur leicht, sondern auch besonders nachhaltig verletzbar. Ist es beispielsweise in Form der Ehre erst einmal verletzt, so scheint eine Wiederherstellung schwerlich möglich: aliquid semper haeret. Auch eine verbreitete allzu intime Information in Text oder Bild kann nicht nachträglich unverbretet und damit ungelesen oder ungesehen gemacht werden. Im Sinne des Persönlichkeitsrechtsschutzes ist der vorbeugende Unterlassungsanspruch daher von großer Bedeutung.

Auf der anderen Seite greift dieser in besonderem Maße in die Presse- und Meinungsfreiheit ein. Durch ihn wird das Presseergebnis, noch bevor es gelesen werden kann, aus dem Verkehr gezogen, was einer verbotenen staatlichen Zensur nach Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG ähnelt. Gerade im tagesaktuellen Pressewesen ist der Zeitpunkt der Informationsverbreitung bedeutend. Eine gegebenenfalls in höherer Instanz erfolgende Aufhebung der Unterlassungsverfügung ist daher für die Informationsverbreitung ohne

---

<sup>4</sup> S. dazu: *Spindler*, ZUM 1996, 533-563; *von Hinden*, Persönlichkeitsverletzungen im Internet, 1999; *Mankowski*, RabelsZ 63 (1999), 203-294; *Kristin*, Deliktsstatut bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen über Internet, 2001; *Lurger* in FS MPI für Privatrecht, 2001, 479-501.

<sup>5</sup> *Bullinger* in M. Löffler-Presserecht, 4. Aufl. 1997, Einl. Rz. 1.

<sup>6</sup> S. dazu *Leßmann*, AcP 170 (1970), 266-294; *Kraft* in FS Hubmann, 1985, 201-219; *Wenzel*, Wort- und Bildberichterstattung, 4. Aufl. 1994, Rz. 5.105 ff.; *Quante*, Persönlichkeitsrecht juristischer Personen, 1999.

großen Wert, da zu einem späteren Zeitpunkt die Information nicht mehr von Interesse ist. Wegen des somit praktischen Wegfalls der Instanzen ist den Presseunternehmen an einer Beschränkung des – zumal vorläufigen – Unterlassungsanspruchs gelegen.

### *C. Kollisionsrechtliche Bedeutung*

Persönlichkeitsrechtsschutz gegen Presseunternehmen kollisionsrechtlich zu beurteilen, ist von stetiger Praxisrelevanz. Nicht nur Romane der Weltliteratur werden in vielen Ländern der Erde gelesen, auch Zeitschriften und sogar Tageszeitungen finden kontinenteumspannende Verbreitung. Zudem steigt die Nachfrage nach ausländischer Presse weiterhin an, da die Mobilität der Menschen zunimmt, ohne dass jene jedoch auf die heimische Presse im Ausland verzichten möchten. Die grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzung durch Presseunternehmen ist also keine Besonderheit – auch wenn die Rechtsprechung ein anderes Bild widerzuspiegeln scheint.

Die kollisionsrechtliche Beurteilung ist aber noch aus einem anderen Grund bedeutsam: Zwar ist der Schutz der Persönlichkeit als solcher in vielen Staaten anerkannt, doch das Institut des Unterlassungsanspruchs ist dabei ebenso uneinheitlich ausgestaltet wie das letztlich für den Schutz ausschlaggebende Ergebnis der Abwägung gegen die Kommunikationsfreiheiten. Somit ist der Schutzzumfang national unterschiedlich, wodurch die Frage, welche Rechtsordnung Anwendung findet, an Bedeutung gewinnt. Über eine Vereinheitlichung des sachrechtlichen Deliktsrechts – und damit des Persönlichkeitsschutzes – wird zwar diskutiert, doch ist keine Einigung, und schon gar keine weltweite, in Sicht.

Schließlich ist die kollisionsrechtliche Frage unter dem Blickwinkel interessant, dass, seit dem 01.06.1999 in Kraft, erstmalig das bundesdeutsche Kollisionsrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse kodifiziert wurde<sup>7</sup>. Es geht bei dieser Untersuchung daher um die Auslegung und Anwendung der dabei getroffenen nationalen Regelungen.

### *D. Rechtsvergleich*

Neben den deutschen Regelungen werden das Sach-, Kollisions- und Internationale Zuständigkeitsrecht für presserechtliche Unterlassungsansprüche

---

<sup>7</sup> „Gesetz zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachen“ v. 21.05.1999, BGBl. 1999 I, S. 1026-1028, vom Bundestag am 25.03.1999 beschlossen, BR-Drucks. 210/99 v. 09.04.1999. Zur Entstehung des Gesetzes s. *R. Wagner*, IPRax 1999, 210-212.



aufgrund von Persönlichkeitsverletzungen<sup>8</sup> von Frankreich und der Schweiz betrachtet.

Die französischen Regelungen sind vor allem in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: zum einen kennt das französische Sachrecht grundsätzlich keine Unterlassungsklage, zum anderen ist die von der französischen Rechtsprechung entwickelte Regelung der internationalen Zuständigkeit vom Europäischen Gerichtshof übernommen worden.

Die Rechtsordnung der Schweiz ist von praxisrelevantem Interesse, da deutsche Presseprodukte dort regelmäßig verkauft werden, der schweizerische Auslandsbezug wegen Überschreitens der Staats-, nicht aber der Sprachgrenze die Regel ist. Zudem ist es besonders lohnenswert, das Kollisionsrecht der Schweiz zu betrachten, da dort seit 1987 eine eigene Regelung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien besteht, was weder in Deutschland noch in Frankreich der Fall ist.

---

<sup>8</sup> Sofern Staaten die Persönlichkeit nicht mittels eines subjektiven allgemeinen Persönlichkeitsrechts schützen, wird der Begriff „Persönlichkeitsrecht“ nicht verwendet.

## Erstes Kapitel:

## Kriterien für eine kollisionsrechtliche Regelung

Jedes Mal, wenn über eine ausländische Person in einem Presseerzeugnis berichtet wird, ein Ausländer ein Presseerzeugnis zur Kenntnis nimmt oder das Produkt ins Ausland gelangt, besteht ein Auslandsbezug, der die kollisionsrechtliche Frage aufwirft. Das ist die Frage danach, anhand welcher der betroffenen nationalen Rechtsordnungen der Sachverhalt zu beurteilen ist. Das angerufene Gericht wendet, nachdem es seine Zuständigkeit bejaht hat, zur Beantwortung dieser Frage das heimische Kollisionsrecht an.

Ziel der kollisionsrechtlichen Beurteilung ist es seit *von Savigny*, diejenige Rechtsordnung zu bestimmen, die mit dem Sachverhalt den engsten Bezug<sup>1</sup> hat<sup>2</sup>. Dieser engste Bezug wird nicht rein räumlich bestimmt, sondern es ist das sachlich oder persönlich beste Recht gesucht, weil dieses die kulturellen, sozialen und politischen Hintergründe am besten berücksichtigen kann<sup>3</sup>. Dabei werden im Ausgangspunkt alle Rechtsordnungen als gleichrangig anerkannt<sup>4</sup>, auch gegenüber dem Sachrecht der *lex fori* ist das Kollisionsrecht grundsätzlich autonom<sup>5</sup>. Die Kollisionsregeln sind insofern Ausdruck internationalprivatrechtlicher Gerechtigkeit und werden von kollisionsrechtlichen Interessen, also solchen, die abstrakt, da vom materiellen Ergebnis unabhängig, auf

---

<sup>1</sup> Es ist auch von dem „engsten Zusammenhang“ (Art. 15 Abs. 1 IPRG) oder der „engsten Verbindung“ (Art. 4 Abs. 1 EVÜ; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 25 ff.) die Rede, ohne dass damit inhaltlich etwas anderes gemeint ist. Vgl. *Sonnenberger* in MünchKomm BGB, Bd. 10, 3. Aufl. 1998, Einl. IPR Rz. 13.

<sup>2</sup> *Ehricke*, EuGRZ 1993, 113 (114); *von Hinden*, Persönlichkeitsverletzungen im Internet, 1999, S. 15; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 25; *Heldrich* in Palandt, 61. Aufl. 2002, Einl. Art. 3 EGBGB Rz. 1; vgl. *von Bar*, IPR I, 1987, Rz. 219; vgl. *Sonnenberger* in MünchKomm BGB, Bd. 10, 3. Aufl. 1998, Einl. IPR Rz. 13, 76.

<sup>3</sup> *Ehricke*, EuGRZ 1993, 113 (114); vgl. *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 114.

<sup>4</sup> *Neuhaus*, Grundbegriffe des IPR, 1976, S. 43; *Schurig*, Kollisionsnorm und Sachrecht, 1981, S. 53 f., 56; *Hohloch*, Deliktsstatut, 1984, S. 248 f.; *von Bar*, JZ 1985, 961 (961, 965 f.); *Ehricke*, EuGRZ 1993, 113 (114); vgl. *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 16. Die Grenze dieser Anerkennung findet im ordre-public-Vorbehalt des Art. 6 EGBGB ihren deutlichsten Ausdruck.

<sup>5</sup> *Von Hein*, Günstigkeitsprinzip, 1999, S. 26.

Anwendung der Rechtsordnung eines bestimmten Staates gerichtet sind, bestimmt<sup>6</sup>. Das erfolgt grundsätzlich ohne Ansehung der anzuwendenden Rechtsordnung oder des materiellrechtlichen Ergebnisses, denn es geht ja gerade erst um deren Ermittlung<sup>7</sup>.

Kollisionsrechtliche Interessen spielen daher bei der kollisionsrechtlichen Regelbildung eine bedeutende Rolle<sup>8</sup>, wenngleich keine exklusive: Um eine kollisionsrechtliche Regelung für Unterlassungsansprüche gegen Presseunternehmen zu finden, sind auch die sachrechtlichen Regelungen und ihre Wertungen<sup>9</sup> zu berücksichtigen. Des Weiteren verlangen die im Vergleich zum Kollisionsrecht höherrangigen Rechte Beachtung<sup>10</sup>. Schließlich besteht, da das Kollisionsrecht als *lex fori* zur Anwendung gelangt, ein Zusammenhang mit den Regelungen der internationalen Zuständigkeit<sup>11</sup>.

### A. Kollisionsrechtliche Interessen

Für die Bestimmung der Rechtsordnung, zu welcher der Sachverhalt den engsten Bezug hat, sind die spezifischen kollisionsrechtlichen Interessen zu berücksichtigen. Dies hatte *Heck*<sup>12</sup> bereits 1891 gefordert, als er die von ihm maßgeblich begründete Interessenjurisprudenz auch auf das Internationale Privatrecht<sup>13</sup> zur Normgewinnung angewendet wissen wollte<sup>14</sup>: Er „glaubt, daß auch auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts nur

<sup>6</sup> Insoweit liegt ein Wandel zur abstrakten Bestimmung des Sitzes des Rechtsverhältnisses a priori nach *von Savigny* vor, *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 115; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 26.

<sup>7</sup> *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 115 ff.; a.A. *Flessner*, Interessenjurisprudenz, 1990, S. 78 ff., der mit dem Kollisionsrecht nicht abstrakt den engsten Bezug zwischen Sachverhalt und Rechtsordnung herstellen will, sondern die realen menschlichen Bedürfnisse, also die sachrechtlich motivierten Interessen der Beteiligten befriedigen will.

<sup>8</sup> S. sogleich S. 6.

<sup>9</sup> S. S. 19, 81.

<sup>10</sup> S. S. 23, 31.

<sup>11</sup> S. S. 30, 284.

<sup>12</sup> Inspiriert von *Ihering* (*Heck*, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, 1932, S. 32).

<sup>13</sup> Die Bezeichnung „Internationales Privatrecht“ ist, da es gerade kein internationales, sondern überwiegend nationales Recht ist, missverständlich. Sie wird daher als *Terminus technicus* verstanden und mit Großbuchstaben versehen. So auch *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 7 f., insb. Fn. 31.

<sup>14</sup> *Heck*, ZHR 38 (1891), 305 (306 f.). Wie im Internationalen Privatrecht so sind auch bei der Bestimmung der internationalen Zuständigkeit die dabei zugrunde liegenden (anderen) Interessen zu berücksichtigen, *Heldrich* in FS Ficker, 1967, 205 f. Dazu allgemein: *Heldrich* in FS Ficker, 1967, 205-224; *Heldrich*, Internationale Zuständigkeit, 1969, S. 102-131.

die Methode der Interessenprüfung zum Ziele führt. Die menschlichen Interessen werden durch das Gebot einer einzelnen staatlichen Gewalt nicht genügend geschützt. Sie bedürfen des internationalen Schutzes, einer Verbindung mehrerer Staatsgewalten zu gemeinsamer Wahrung. Die Aufgabe des internationalen Privatrechts ist es, diesen Schutz zu gewähren“. Unter Interessenjurisprudenz sind insoweit neben der Feststellung der Interessen deren Bewertung und Abwägung zu verstehen<sup>15</sup>.

Die kollisionsrechtliche Gerechtigkeit bei der *Ermittlung* einer Rechtsordnung ist von der materiellrechtlichen, die ihrerseits auf eine interessengerechte *Anwendung* derselben gerichtet ist, zunächst zu unterscheiden, auch wenn es letztlich um eine einzige gerechte Lösung desselben Sachverhaltes geht<sup>16</sup> und schließlich auch, wie noch gezeigt wird<sup>17</sup>, materielle Wertungen in das Kollisionsrecht einfließen. Diese Unterscheidung der Gerechtigkeiten ist schon deshalb notwendig, da die materiellrechtlichen Regelungen und deren Gerechtigkeitsvorstellungen zwar für Inlandsfälle angemessen sein dürften, für solche mit Auslandsbezug jedoch grundsätzlich nicht geschaffen sind<sup>18</sup>. Bei Auslandsbezug aber kann eine ausländische Rechtsordnung die sachnähere sein, und es findet dieser eben zumeist allein auf kollisionsrechtlicher Ebene Berücksichtigung<sup>19</sup>, indem besondere kollisionsrechtliche Wertungen eine Rolle spielen<sup>20</sup>.

---

<sup>15</sup> *Kegel* in FS Lewald, 1953, 259 (267 f.); ähnlich *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 116; vgl. *Heck*, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, 1932, S. 41. Andere sprechen insoweit von einer Weiterentwicklung der Interessen- zur Wertungsjurisprudenz, so *Flessner*, Interessenjurisprudenz, 1990, S. 25; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 33 Fn. 5.

<sup>16</sup> *Kegel* in FS Lewald, 1953, 259 (270); *Schurig*, Kollisionsnorm und Sachrecht, 1981, S. 135; *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 127, 114, wonach die internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit der materiellrechtlichen funktionell vorgeschaltet sei. Gegen diese Unterscheidung wendet sich *von Bar*, IPR I, 1987, Rz. 510 f., mit dem Argument, das gesamte Recht unterliege *einer* Gerechtigkeitsvorstellung, und der innere Zusammenhang von Sach- und Kollisionsrecht dürfe nicht auseinander gerissen werden, auch wenn auf kollisionsrechtlicher Ebene andere Fragen als auf sachrechtlicher gestellt würden und sich für deren Beantwortung unterschiedliche Wertungen ausbildeten. Nichts anderes aber befürwortet im Ergebnis *Kegel*, lediglich bezeichnet er diese unterschiedlichen Wertungen als materiell- und als internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit.

<sup>17</sup> S. S. 19.

<sup>18</sup> *Stoll*, JZ 1996, 141 (142); *von Hein*, Günstigkeitsprinzip, 1999, S. 25; vgl. *Hohloch*, Deliktsstatut, 1984, S. 245.

<sup>19</sup> Vgl. *von Bar*, IPR I, 1987, Rz. 220. Auf materiellrechtlicher Ebene bleibt er nicht gänzlich unberücksichtigt, indem z.B. ausländische gesellschaftliche Verhaltenskodizes Eingang finden, vgl. *Sonnenberger* in MünchKomm BGB, Bd. 10, 3. Aufl. 1998, Einl. IPR Rz. 557; s. auch *Looschelders*, *RabelsZ* 66 (2002), 182 (186 Fn. 20).

<sup>20</sup> *Neuhaus*, Grundbegriffe des IPR, 1976, S. 42; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 24.

Zu beachten sind daher zunächst abstrakte Interessen der Teilnehmer des Privatrechtsverkehrs, nicht aber konkrete Einzelfallinteressen.

*Kegel* hat 1953 – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Unterteilung der kollisionsrechtlichen Interessen in drei Typen vorgenommen, die, wie er es sich auch erhofft hatte, in der Folgezeit durch Differenzierung weiterentwickelt wurden: Partei-, Verkehrs- und Ordnungsinteressen, wobei Überschneidungen nicht ausgeschlossen seien<sup>21</sup>. Eine Rangfolge unter ihnen gibt es nicht, vielmehr sind sie, zumal häufig gegenläufig, je nach Fallgestaltung unterschiedlich zu bewerten und abzuwägen<sup>22</sup>. Die Wertungen sind dabei der nationalen Rechtsordnung als ganzer zu entnehmen<sup>23</sup>, aber auch der Internationalität der Sachverhalte.

Einige kollisionsrechtliche Interessen, die eine internationalprivatrechtliche Regelung von Unterlassungsansprüchen gegen Presseunternehmen beeinflussen können, werden kurz dargestellt. Die konkrete Bewertung und Abwägung dieser unterschiedlichen Interessen erfolgt erst im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der speziellen Kollisionsregel<sup>24</sup>.

### I. Parteiinteresse

Unabhängig von dem Interesse der Parteien an einer – die Parteiautonomie ausdrückenden – Bestimmung der für sie optimalen materiellrechtlichen Rechtsordnung durch die Möglichkeit zur Rechtswahl<sup>25</sup>, sei es einseitig,

<sup>21</sup> *Kegel* in FS Lewald, 1953, 259 (273 ff.). *Neuhaus*, Grundbegriffe des IPR, 1976, S. 45, wendet sich gegen die Dreiteilung als weder „logisch zwingend noch praktisch frei von Überschneidungen“, stellt seinerseits dann mehrere Maximen auf (S. 160-170), die jedoch auch unter *Kegels* – bewusst grobe – Einteilung gefasst werden können.

<sup>22</sup> *Kegel* in FS Lewald, 1953, 259 (268); vgl. *Neuhaus*, Grundbegriffe des IPR, 1976, S. 167, 170, der bei übereinstimmenden „Maximen“ die Rechtswahlmöglichkeit befürwortet; *Schurig*, Kollisionsnorm und Sachrecht, 1981, S. 68; *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 35, der aber zu Recht zugleich die vorrangige Wertordnung der Verfassung betont; vgl. *Heck*, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, 1932, S. 39 f., für „private Interessen“ und „Interessen der Rechtsgemeinschaft“; a.A. *Wengler*, ZöfFR 23 (1944), 472 (497 ff.), der für die von ihm herausgearbeiteten allgemeinen internationalprivatrechtlichen Rechtsgrundsätze bzw. Maximen eine Rangordnung aufstellt.

<sup>23</sup> *Kropholler*, IPR, 4. Aufl. 2001, S. 33; vgl. *Neuhaus*, Grundbegriffe des IPR, 1976, S. 45.

<sup>24</sup> *Schurig*, Kollisionsnorm und Sachrecht, 1981, S. 204, merkt treffend an, dass „die kollisionsrechtliche Interessenabwägung“ selten zu einer zwingenden Anknüpfung führe; vielmehr erfordere es „gewöhnlich ... am Schluß einen gewissen rechtspolitischen Kraftakt, sich zu der einen und keiner anderen Anknüpfung durchzuringen.“

<sup>25</sup> *Heldrich* in FS Zajtay, 1982, 215 (224), sowie *Heldrich* in Vorschläge und Gutachten, 1983, 359 (370), bzgl. des Verletzteninteresses. *Flessner*, Interessenjurisprudenz, 1990, S. 99 f., geht zu weit, wenn er diese generell ins Zentrum des Kollisionsrechts stellen will, da er so den Parteiinteressen ein gegenüber Verkehrs- und Ordnungs-

sei es durch Vereinbarungen, besteht ein grundsätzliches Parteiinteresse auf kollisionsrechtlicher Ebene daran, eine vertraute Rechtsordnung, mit der die Partei sich verbunden fühlt, und über die sie sich leicht informieren kann, anzuwenden<sup>26</sup>.

### 1. Verletzter

Für den in seinem Persönlichkeitsrecht Verletzten kann das entweder das eigene Personalstatut sein, d.h. die Rechtsordnung desjenigen Staates, dessen Angehöriger er ist bzw. in dem er seinen Wohnsitz oder auch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat<sup>27</sup>. Oder aber der Verletzte möchte, von der anderen Blickrichtung aus betrachtet, die Rechtsordnung des Staates angewendet wissen, in dem sein Ansehen bei anderen herabgewürdigt ist, um ortsüblichen Schutz zu erlangen. Das kann entweder die Rechtsordnung des Schadenseintrittsortes, die des Verletzungsortes oder das Personalstatut des Dritten sein, in dessen Augen er herabgewürdigt wurde<sup>28</sup>. Bei dem vorbeugenden Unterlassungsanspruch ist der potentielle Dritte aber nicht persönlich bestimmbar, weshalb dessen Statut von vornherein keine Beachtung finden kann. Der potentielle Verletzungsort hingegen kann bestimmt werden als der Ort, an dem das verletzende Presseergebnis aller Voraussicht nach gelesen wird<sup>29</sup>.

Wegen der erwähnten<sup>30</sup> besonderen Verletzlichkeit des Persönlichkeitsrechts liegt ein effektiver, schneller vorbeugender Rechtsschutz im Interesse des potentiell Verletzten. Damit verbunden ist das kollisionsrechtliche

---

interessen unverhältnismäßig großes Gewicht einräumt und verkennt, dass grundsätzlich das gesetzlich normierte EGBGB so lange zwingend ist, wie es nicht die Rechtswahl ausdrücklich zulässt, vgl. *Lüderitz* in FS *Kegel*, 1977, 31 (48), der anschaulich beschreibt, dass „das einem gordischen Knoten gleichende Interessenknäuel“ durch Rechtswahl „glatt durchgeschlagen werden“ könne; vgl. *Kegel*, IPR, 1995, S. 124; vgl. *Schurig*, *RabelsZ* 59 (1995), 229 (239 f.).

<sup>26</sup> *Kegel* in FS *Lewald*, 1953, 259 (274); *Heldrich* in FS *Ficker*, 1967, 205 (214); *Heldrich*, *Internationale Zuständigkeit*, 1969, 117 f., der zugleich die Parallele zum Interesse, nur von einem nahe gelegenen forum beurteilt zu werden, hervorhebt; *Heldrich* in FS *Zajtay*, 1982, 215 (224); *Heldrich* in *Vorschläge und Gutachten*, 1983, 359 (370), bzgl. des Verletzteninteresses; *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 118; vgl. *Trutmann*, IPR der Deliktobligationen, 1973 (CH), S. 86 f., berechnete Erwartung bzgl. der Anwendung einer Rechtsordnung berücksichtigend.

<sup>27</sup> Es wird in dieser Untersuchung das Personalstatut weit, nicht auf das Heimatrecht beschränkt, verstanden.

<sup>28</sup> Letzteres will *Danckwerts*, *Persönlichkeitsrechtsverletzungen* im IPR, 1999, S. 183 f., mit berücksichtigt wissen.

<sup>29</sup> S. S. 230.

<sup>30</sup> S. S. 2.

Interesse an einer möglichst klaren und eindeutigen kollisionsrechtlichen Regelung, die also nur eine Rechtsordnung als anzuwendende bestimmt. Dem steht jedoch gleichermaßen sein Interesse an der Auswahl von der für ihn materiellrechtlich günstigsten von mehreren als anwendbar erachteten Rechtsordnungen entgegen. Dieses Interesse, „mit Hilfe des Kollisionsrechts einen optimalen materiellrechtlichen Schutz zu erhalten“<sup>31</sup>, ist jedoch kein abstrakt kollisionsrechtliches und bedarf für seine Beachtung weiterer Begründung<sup>32</sup>.

## 2. Verletzer

Im Interesse des Presseunternehmens liegt es, die Rechtsordnung, die an seinem Verlagssitz besteht, anzuwenden, da diese ihm vertraut ist und es sich regelmäßig an ihr für die Erstellung des Presseerzeugnisses orientiert<sup>33</sup>. Sein Handeln an sonstigen Rechtsordnungen auszurichten, die beispielsweise in den Ländern gelten, in die das Erzeugnis exportiert wird, oder denen derjenige, über den berichtet wird, angehört, entspricht allein schon wegen der möglicherweise großen Vielfalt der auf ein Presseerzeugnis dann anzuwendenden Rechtsordnungen grundsätzlich nicht dem Interesse des Presseunternehmens.

## II. Verkehrsinteresse

Während unter Parteiinteressen die Interessen der am Konflikt aktuell beteiligten Parteien zu verstehen sind, haben alle übrigen Teilnehmer des Privatrechtsverkehrs als potentielle Beteiligte ein sogenanntes Verkehrsinteresse an der Anwendung einer bestimmten Rechtsordnung<sup>34</sup>. Da die Parteien vormalig auch bloß potentielle Beteiligte waren, überschneiden sich regelmäßig die Verkehrsinteressen mit den Parteiinteressen<sup>35</sup>.

---

<sup>31</sup> *Heldrich* in FS Zajtay, 1982, 215 (224); *Heldrich* in Vorschläge und Gutachten, 1983, 359 (370).

<sup>32</sup> Zur Legitimation des Günstigkeitsprinzips und des Wahlrechts s. S. 209 sowie ausführlich von *Hein*, Günstigkeitsprinzip, 1999, S. 89 ff., 228 ff.

<sup>33</sup> Vgl. *R. Wagner*, IPR bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, 1986, S. 74 f. Fn. 89, für den Handlungsort und unter Hinweis auf den damit für den Kläger verbundenen Vorteil der Vollstreckungserleichterung.

<sup>34</sup> *Kegel/Schurig*, IPR, 8. Aufl. 2000, S. 120.

<sup>35</sup> *Heldrich* in FS Zajtay, 1982, 215 (229), sowie *Heldrich* in Vorschläge und Gutachten, 1983, 359 (374), der die Vorhersehbarkeit besonders bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen als Interesse des Verletzers ansieht, da dieses Recht von Land zu Land besonders unterschiedlich und daher schwer erkennbar ist. Vgl. zur Vorhersehbarkeit

# Entscheidungsverzeichnis

## Internationale Gerichte

### Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.01.1999 26/1998/929/1141 NJW 1999, 1315-1318 (Fressoz u. Roire ./.  
Frankreich)

### Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

11.07.1974 Rs. 8/74 Slg. 1974, 837-855 (Staatsanwaltschaft ./.  
Benoit und Gustave Dassonville)

30.11.1976 Rs. 21/76 Slg. 1976, 1735-1748 (Handelskwekerij G. J.  
Bier B. V. ./.  
Mines de Potasse d'Alsace S. A.)

20.02.1979 Rs. 120/78 Slg. 1979, 649-665 (Rewe-Zentral-AG ./.  
Bundesmonopolverwaltung für Branntwein  
[„Cassis de Dijon“])

11.01.1990 Rs. C-220/88 Slg. 1990, I-74-I-81 (Dumez France und  
Tracoba ./.  
Hessische Landesbank [Helaba]  
u.a.)

24.11.1993 verb. Rs. C-267/91 u. C-268/91 Slg. 1993, I-6126-I-6132 (Strafverfahren  
gegen Bernard Keck und Daniel Mithouard)

07.03.1995 Rs. C-68/93 Slg. 1995, I-450-I-466 (Fiona Shevill, Ixora  
Trading Inc., Chequepoint SARL u. Cheque-  
point International Ltd. ./.  
Presse Alliance  
S. A.)

19.09.1995 Rs. C-364/93 Slg. 1995 I-2733-I-2743 (Antonio Marinari ./.  
Lloyds Bank plc u. Zubaidi Trading  
Company)

## Deutschland

### Bundesverfassungsgericht

17.08.1956 1 BvB 2/51 BVerfGE 5, 85-393 (KPD)

16.01.1957 1 BvR 253/56 BVerfGE 6, 32-45 (Ausreisefreiheit)

10.05.1957 1 BvR 550/52 BVerfGE 6, 389-443 (Homosexualität)

15.01.1958 1 BvR 400/51 BVerfGE 7, 198-230 (Lüth)

11.06.1958 1 BvR 596/56 BVerfGE 7, 377-444 (Apotheken)



06.10.1959	1 BvL 118/53	BVerfGE 10, 118-124 (Institutionelle Pressefreiheit)
25.01.1961	1 BvR 9/57	BVerfGE 12, 113-132 (Schmid/Spiegel)
15.12.1965	1 BvR 513/65	BVerfGE 19, 342-353 (Untersuchungshaft)
05.08.1966	1 BvR 586/62, 610/63 u. 512/64	BVerfGE 20, 162-230 (Spiegel-Verlag)
25.10.1966	2 BvR 506/63	BVerfGE 20, 323-336 (nulla poena sine culpa)
04.04.1967	1 BvR 414/64	BVerfGE 21, 271-292 (Südkurier)
06.11.1968	1 BvR 501/62	BVerfGE 24, 278-289 (Tonjäger)
26.02.1969	1 BvR 619/63	BVerfGE 25, 256-269 (Blinkfuer)
11.03.1969	1 BvR 665/62 u. 152/96	BVerfGE 25, 296-308 (Informantenbestechung)
16.07.1969	1 BvL 19/63	BVerfGE 27, 1-10 (Mikrozensus)
15.01.1970	1 BvR 13/68	BVerfGE 27, 344-355 (Scheidungsakten)
24.02.1971	1 BvR 435/68	BVerfGE 30, 173-200 (Mephisto)
04.05.1971	1 BvR 636/68	BVerfGE 31, 58-87 (Spanier)
08.03.1972	2 BvR 28/71	BVerfGE 32, 373-387 (Patientenkartei)
14.03.1972	2 BvR 41/71	BVerfGE 33, 1-18 (Schriftverkehrüberwachung)
07.11.1972	1 BvL 4, 17/71 u. 10/72; 1 BvR 355/71	BVerfGE 34, 118-137 (RVO-Schmerzensgeld)
31.01.1973	2 BvR 454/71	BVerfGE 34, 238-251 (Tonbandaufnahme)
14.02.1973	1 BvR 112/65	BVerfGE 34, 269-293 (Soraya)
05.06.1973	1 BvR 536/72	BVerfGE 35, 202-245 (Lebach I)
25.02.1975	1 BvF 1, 2, 3, 4, 5, 6/74	BVerfGE 39, 1-68 (Schwangerschaftsabbruch I)
11.05.1976	1 BvR 671/70	BVerfGE 42, 143-162 (Deutschland-Magazin)
11.05.1976	1 BvR 163/72	BVerfGE 42, 163-172 (Echternach)
07.12.1976	1 BvR 460/72	BVerfGE 43, 130-141 (Politischer Meinungskampf)
21.12.1977	1 BvL 1/75, 1 BvR 147/75	BVerfGE 47, 46-85 (Sexualerziehung)
11.10.1978	1 BvR 16/72	BVerfGE 49, 286-304 (Transsexualität)
13.05.1980	1 BvR 103/77	BVerfGE 54, 129-139 (Rundfunkkommentar)

03.06.1980	1 BvR 185/77	BVerfGE 54, 148-158 (Eppler)
03.06.1980	1 BvR 797/78	BVerfGE 54, 208-223 (Böll)
14.07.1981	1 BvR 575/80	BVerfGE 58, 159-163 (Anschluss an BVerfGE 25, 323-336)
22.06.1982	1 BvR 1376/79	BVerfGE 61, 1-13 (NPD)
08.02.1983	1 BvL 20/81	BVerfGE 63, 131-148 (Gegendarstellung)
15.12.1983	1 BvR 209, 269, 362, 420, 440, 484/83	BVerfGE 65, 1-71 (Volkszählung)
25.01.1984	1 BvR 272/81	BVerfGE 66, 116-151 (Aufmacher)
31.10.1984	1 BvR 753/83	BVerfGE 68, 226-233 (Bewachungsunternehmen)
19.11.1985	1 BvR 934/82	BVerfGE 71, 162-183 (Autobiographischer Inhalt)
03.06.1987	1 BvR 313/85	BVerfGE 75, 369-382 (Strauß-Karikatur)
09.03.1988	1 BvL 49/86	BVerfGE 78, 77-88 (Entmündigung I)
14.09.1989	2 BvR 1062/87	BVerfGE 80, 367-383 (Tagebuch)
26.06.1990	1 BvR 1165/89	BVerfGE 82, 272-285 (Zwangsdemokrat Strauß)
26.06.1990	1 BvR 776/84	BVerfGE 82, 236-271 (Startbahn 18 West)
11.06.1991	1 BvR 239/90	BVerfGE 84, 192-197 (Entmündigung II)
09.10.1991	1 BvR 1555/88	BVerfGE 85, 1-23 (Bayer-Aktionäre)
09.10.1991	1 BvR 221/90	BVerfGE 85, 23-36 (Fragen)
25.03.1992	1 BvR 514/90	BVerfGE 86, 1-14 („Mörder“, „Krüppel“)
19.05.1992	1 BvR 126/85	BVerfGE 86, 122-132 (Berufsschülerzeitung)
28.05.1993	2 BvF 2/90 u. 4, 5/92	BVerfGE 88, 203-337 (Schwangerschaftsabbruch II)
11.01.1994	1 BvR 434/87	BVerfGE 90, 1-21 (Schuldfrage)
13.04.1994	1 BvR 23/94	BVerfGE 90, 241-254 (Auschwitzlüge)
07.12.1994	1 BvR 1279/94	BVerfGE 91, 335-345 (punitive damages)
08.10.1996	1 BvR 1183/90	BVerfGE 95, 28-39 (Werkszeitung)
06.05.1997	1 BvR 409/90	BVerfGE 96, 56-66 (Abstammung)
14.01.1998	1 BvR 1861/93, 1864/96, 2073/97	BVerfGE 97, 125-156 (Gegendarstellung)
17.02.1998	1 BvF 1/91	BVerfGE 97, 228-270 (WDR)
24.03.1998	1 BvR 131/96	BVerfGE 97, 391-408 (Eigene Namensnennung)
10.11.1998	1 BvR 1531/96	BVerfGE 99, 185-202 (Scientology)
25.11.1999	1 BvR 348/98, 1 BvR 755/98	AfP 2000, 160-163 (Lebach II)
15.12.1999	1 BvR 653/96	BVerfGE 101, 361-396 (C. v. Monaco I)

23.02.2000	1 BvR 456/95	AfP 2000, 272-275 (Badische Zeitung)
08.03.2000	1 BvR 1127/96	NJW 2000, 2187-2189 (Schockschäden)
31.03.2000	1 BvR 1454/97	NJW 2000, 2191 (Prinz v. Monaco I)
31.03.2000	1 BvR 1353/99	NJW 2000, 2191-2192 (Prinz v. Monaco II)
31.03.2000	1 BvR 2223/96	NJW 2000, 2194 (Alexandra Flick)
04.04.2000	1 BvR 1505/99	NJW 2000, 2189-2190 (E. A. v. Hannover I)
05.04.2000	1 BvR 1213/97	NJW 2000, 2190 (E. A. v. Hannover II)
05.04.2000	1 BvR 2479/97 u.a.	NJW 2000, 2194-2195 (C. v. Monaco II)
13.04.2000	1 BvR 2080/98	NJW 2000, 2192-2193 (C. v. Monaco III)
13.04.2000	1 BvR 150/98; 1 BvR 151/98	NJW 2000, 2193-2194 (Prominenten-hochzeit)
13.04.2000	1 BvR 589/95	AfP 2000, 351-352

**Reichsgericht**

20.11.1888	Rep. II. 225/88	RGZ 23, 305-307
28.12.1899	Rep. IV. 259/99	RGZ 45, 170-174
05.01.1905	Rep. VI. 38/04	RGZ 60, 6-9
28.10.1910	Rep. II. 688/09	RGZ 74, 308-313
26.06.1929	I 97/29	RGZ 125, 80-85

**Bundesarbeitsgericht**

03.12.1954	1 AZR 150/54	BAGE 1, 185-196
27.02.1985	GS 1/84	BAGE 48, 122-159

**Bundesgerichtshof**

25.05.1954	I ZR 211/53	BGHZ 13, 334-341 (Schachtleserbrief)
06.07.1955	GSZ 1/55	BGHZ 18, 149-168 (Doppelfunktion)
08.05.1956	I ZR 62/54	BGHZ 20, 345-355 (Paul Dahlke)
02.10.1956	I ZR 9/54	BGHZ 22, 1-18 (Saatgut)
02.04.1957	VI ZR 9/56	BGHZ 24, 72-83 (Krankenunterlagen)
10.05.1957	I ZR 234/55	BGHZ 24, 200-214 (Boykottaufruf)
14.02.1958	I ZR 151/56	BGHZ 26, 349-359 (Herrenreiter)
19.12.1958	IV ZR 87/58	BGHZ 29, 137-148 (Handschuhehe)
18.03.1959	IV ZR 182/58	BGHZ 30, 7-18 (Caterina Valente)
12.01.1960	I ZR 30/58	BGH NJW 1960, 672
19.09.1961	VI ZR 259/60	BGHZ 35, 363-370 (Ginseng)
02.10.1962	VI ZR 253/61	NJW 1963, 151-152
05.03.1963	VI ZR 55/62	BGHZ 39, 124-134 (Fernsehansagerin)
09.04.1963	VI ZR 54/62	NJW 1963, 1155

14.06.1965	GSZ 1/65	BGHZ 44, 46-52 (Internationale Zuständigkeit)
20.02.1968	VI ZR 200/66	BGHZ 49, 288-295 (Sammelbilder)
20.03.1968	I ZR 44/66	BGHZ 50, 133-147 (Mephisto)
30.05.1974	VI ZR 174/72	GRUR 1975, 89-92 (Brüning-Memoiren)
06.04.1976	VI ZR 246/74	BGHZ 66, 182-198 (Panorama)
03.05.1977	VI ZR 36/74	BGHZ 68, 331-339 (Feststellung)
03.05.1977	VI ZR 24/75	NJW 1977, 1590-1591 (profil)
26.10.1977	IV ZB 7/77	BGHZ 69, 387-395 (Vaterschaftsanerkenntnis)
06.02.1979	VI ZR 46/77	NJW 1979, 2203-2205 (Fußballkalender)
26.06.1979	VI ZR 108/78	NJW 1979, 2205-2207 (Fußballtor)
23.10.1979	KZR 21/78	NJW 1980, 1224-1226
07.12.1979	I ZR 157/77	GRUR 1980, 227-233
08.03.1983	VI ZR 116/81	BGHZ 87, 95-104 (RAnwVO)
27.05.1986	VI ZR 169/85	BGH NJW 1986, 2503-2505
25.11.1986	VI ZR 57/86	BGHZ 99, 133-143 (Oberfaschist)
12.05.1987	VI ZR 195/86	BGH NJW 1987, 2225-2227
08.06.1989	I ZR 135/87	BGHZ 107, 384-395 (Emil Nolde)
04.06.1992	IX ZR 149/91	BGHZ 118, 312-350 (punitive damages)
17.06.1992	I ZR 107/90	BGHZ 119, 20-31 (Schadensberechnung)
07.07.1992	VI ZR 1/92	BGHZ 119, 137-147 (Verkehrsunfall)
08.02.1994	VI ZR 286/93	BGH NJW 1994, 1281-1283
17.03.1994	I ZR 304/91	EWS 1994, 215-216 (Beta)
15.11.1994	VI ZR 56/94	BGHZ 128, 1-16 (C. v. Monaco I)
14.03.1995	VI ZR 52/94	NJW-RR 1995, 789-790 (Kundenzeitschrift)
05.12.1995	VI ZR 332/94	NJW 1996, 984-985 (C. v. Monaco II)
12.12.1995	VI ZR 223/94	NJW 1996, 985-987 (Prinz von Monaco)
19.12.1995	VI ZR 15/95	BGHZ 131, 332-346 (C. v. Monaco III)
29.06.1999	VI ZR 264/98	NJW 1999, 2893-2895 (Scheidungsgrund-Veröffentlichung)
01.12.1999	I ZR 49/97	BGHZ 143, 214-232 (Marlene Dietrich)
01.12.1999	I ZR 226/97	BGH NJW 2000, 2201-2202 (Der blaue Engel)

**Oberlandesgerichte**

Frankfurt am Main	21.09.1999	11 U 28/99	AfP 2000, 185-187
Hamburg	19.02.1970	3 U 39/69	UFITA 60 (1971), 322-334
Hamburg	26.05.1994	3 U 13/94	NJW-RR 1994, 990-991
Hamburg	08.12.1994	3 U 64/94	NJW-RR 1995, 790-793

Hamm	24.02.1959	4 U 187/58	GRUR 1959, 621
Oldenburg	14.11.1988	13 U 72/88	NJW 1989, 400-401
Stuttgart	26.09.1983	11 W 43/83	ZZP 97 (1984), 487-489

**Landgerichte**

Düsseldorf	25.08.1998	4 O 165/97	GRUR Int. 1999, 455-458 (Schußfadengreifer)
Düsseldorf	25.03.1999	4 O 198/97	GRUR Int. 1999, 775-780

**Frankreich****Cour de cassation**

25.05.1948	D 1948, J, 357
02.03.1960	Rev.crit.DIP 49 (1960), 97
30.05.1967	Rev.crit.DIP 56 (1967), 728-730
08.07.1981	D 1982, J, 65 (Jacques Brel)
08.02.1983	JDI 1984, 123-125
13.04.1988	Rev.crit.DIP 77 (1988), 546-548
19.04.1988	Rev.crit.DIP 78 (1989), 68-69
31.01.1990	Rev.crit.DIP 79 (1990), 519-521
04.12.1990	Rev.crit.DIP 80 (1991), 558-560
10.12.1991	Rev.crit.DIP 81 (1992), 316-317
05.11.1996	JCP 1997, II, 22805
14.01.1997	D 1997, J, 177-178
25.02.1997	JCP 1997, II, 22873
06.05.1997	Rev.crit.DIP 86 (1997), 514-515
01.07.1997	Rev.crit.DIP 87 (1998), 60-61
01.07.1997	Rev.crit.DIP 87 (1998), 61-62
13.01.1998	D 1999, J, 120
11.05.1999	Rev.crit.DIP 89 (2000), 199-201
26.05.1999	Rev.crit.DIP 88 (1999), 707-708

**Cours d'appel**

Paris	18.10.1955	Rev.crit.DIP 45 (1956), 484-486
Paris	26.04.1983	D 1983, J, 376
Paris	19.03.1984	Rev.crit.DIP 74 (1985), 141-144 (C. v. Monaco ./ Burda GmbH)
Paris	07.06.1988	D 1988, IR, 224

Paris	11.05.1994	JDI 1995, 952-957
Paris	14.06.1994	Rev.crit.DIP 84 (1995), 308-311
Paris	16.01.1997	JDI 1997, 986-995
Paris	05.11.1997	D 1998, Somm, 281

**Tribunaux de Grande Instance**

Nancy	15.10.1976	JCP 1977, II, 18526 (Giscarte)
Paris	18.04.1969	Rev.crit.DIP 60 (1971), 281-282 (Mitsouko Guy ./. Vesco-Verlag)
Paris	19.06.1974	Rev.crit.DIP 63 (1974), 699-700 (Hauert ./. Goosten u.a.)
Paris	02.06.1976	D 1977, J, 365-366 (Fürst Rainier III. u. Prinzessin v. Monaco ./. Société France éditions et publications)
Paris	02.06.1976	D 1977, J, 366-367 (Fürst Rainier III. ./. Verlage Eredi Baracca u.a.)
Paris	02.06.1976	D 1977, J, 367 (Prinzessin v. Monaco u. Fürst Rainier III ./. Société France éditions et publications)
Paris	23.06.1976	Rev.crit.DIP 67 (1978), 132-136 (Yasmina Aga Khan ./. Axel-Springer-Verlag u.a.)
Paris	11.01.1977	D 1977, J, 83-84 (Jean Gabin)
Paris	29.09.1982	Rev.crit.DIP 72 (1983), 670-672 (Romy Schneider ./. Heinrich-Bauer-Verlag)
Paris	27.04.1983	Rev.crit.DIP 72 (1983), 672-674 (C. v. Monaco ./. Burda GmbH)
Paris	30.06.1984	Rev.crit.DIP 74 (1985), 144-146 (Herzogin v. Windsor ./. Sanchez Gomez)
Paris	18.11.1987	GRUR Int. 1988, 858-859 (Marianne)
Paris	13.01.1997	JCP 1997, II, 22845 (Mitterrand)

**Schweiz****Bundesgericht**

03.05.1961	BGE 87 I 114-121
24.06.1970	BGE 96 I 586-593
24.09.1975	BGE 101 Ia 336-348
09.02.1978	BGE 104 II 1-5
14.12.1978	BGE 104 II 225-236
18.06.1985	BGE 111 II 245-259
03.06.1987	BGE 113 Ia 257 (266)
14.11.1991	BGE 117 Ia 472-490
15.08.1994	BGE 120 II 225-228

26.07.1999

BGE 125 II 417-430

## Sachverzeichnis

- Abmahnung, 148
- Abschöpfungsfunktion, 110 f., 118, 126, 128
- Abwägung
- , allgemein, 47, 63 ff., 95 ff.
  - , Kriterien, 64 ff.
  - , Schweiz, 80
- Akzessorietät, 270 ff., 279
- Allgemeines Beschränkungsverbot, 334
- Angemäße Eigengeschäftsführung, 111, 127 f., 159, 169 f., 212, 259, 347
- Anknüpfung
- , selbständige, 213 f.
  - , unselbständige, 214 f.
- Anknüpfungsgleichlauf, 169 ff., 212, 237, 268, 347
- Ausgabeort, 221 f.
- Ausgleichsfunktion, 116 ff., 157 ff., 195, 203, 228, 298
- Äußerer Entscheidungseinklang, 13 f., 17, 23, 172, 185, 214
- Ausweichklausel, 15, 171 ff., 266, 270 ff.
- Befriedigungsverfügung, 148, 157
- Bekanntheitsgrad des Betroffenen, 68 f., 236 f.
- Beschlagnahme, 107, 139, 168
- Beschränkung der Kognitionsbefugnis, *siehe* Kognitionsbefugnis, Beschränkung der
- Beschränkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, 47 ff.
- Beseitigungsanspruch, 128 ff.
- Bestandsstatut, 212, 215
- Bestimmbarkeit des Erfolgsortes, 190, 239, 242
- Bestimmungsgemäße Verbreitung, *siehe* Vertriebsort
- Bestimmungspflicht des Gerichts, 209
- Bestimmungsrecht
- , Deutschland, 170, 173, 207 ff.
  - , Schweiz, 208
  - , und Mosaikprinzip, *siehe* Mosaikprinzip und Bestimmungsrecht
- Beweisnähe, *siehe* Sach- und Beweisnähe
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 25, 33 ff., 339
- Darstellungsmittel, 68
- Deliktsfähigkeit, 216
- Deliktsrechtliche Generalklausel, 74, 86 f., 105, 229
- Deliktsstatut, 171 ff., 185 ff., 217 ff.
- Deliktstypische Anknüpfungsregeln, 174 ff., 217 ff., 268, 271, 281 f.
- Diskriminierungsverbot, 330, 335 ff.
- Distanzdelikt, 186 f., 199, 311
- Droit à l'image, 89 f.
- Droit à l'oubli, 90
- Druckort, 220
- Durchbrechungen der Tatortregel, 165, 204, 266 ff.
- EGKom-RefE, 181, 185, 202, 276
- Ehrschutz, 46, 53, 62, 82, 90, 102, 106, 342
- Eingriffskondition, 122 ff., 159, 169 ff., 212, 259
- Eingriffsnorm, 166, 174
- Einheitliche Behandlung sachlich zusammenhängender Fragen, 144, 194, 215, 260, 274, 282, 322
- Einwilligung, 43, 94, 98 ff., 124
- EMRK
- , allgemein, 25 ff., 339
  - , in Frankreich, 28, 75, 216
  - , in der Schweiz, 29, 77



- , und Kollisionsrecht, *siehe*  
Kollisionsrecht und EMRK
- Erfolgsort
- , als alleiniges Anknüpfungsmoment,  
195 ff.
- , kollisionsrechtliche Lokalisierung,  
227 ff.
- , kollisionsrechtliches Ziel der  
Anknüpfung, 228
- , zuständigkeitsrechtliche Lokalisierung,  
299 ff.
- Ersatz immateriellen Schadens, 112 ff.,  
195
- Ersatz materiellen Schadens, 104 ff.
- Erscheinungsort, 192, 220 ff., 296
- Erstbegehungsfahr, 133, 141 ff., 289
- EuGVVO, 286 ff., 321 ff.
- Europäisches Gemeinschaftsrecht und  
Kollisionsrecht, *siehe* Kollisionsrecht  
und Europäisches Gemeinschaftsrecht
- Fakultatives Kollisionsrecht, 160 f., 199
- Faute, 90, 105 f., 167, 198
- Favor defensoris, 288 ff., 298 f., 319
- Feststellungsanspruch, 108, 133 ff.
- Forum actoris, 300 ff.
- Forum delicti commissi, *siehe*  
Gerichtsstand, Delikt
- Forum non conveniens, 310
- Forum shopping, 167, 304 ff., 319 f., 349
- Franc symbolique, 120, 191
- Funktionen und Wertungen des  
Sachrechts, 157 f.
- GEDIP-Entwurf, 176, 180, 185, 201, 234,  
268, 274
- Gegendarstellungsanspruch, 46 f., 104,  
108, 135 f., 155 f., 194, 221 f., 259
- Geldentschädigungsanspruch, 112 ff.
- Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt,  
201, 266 ff.
- Genugtuungsklage, 113
- Gerichtsstand
- , allgemeiner, 288 f., 293, 297 f., 349
- , Delikt, 199, 288 ff.
- Gesamtgeschehen, einheitliche  
Beurteilung, 264, 324
- Gesamtverweisungsnorm, 278 ff.
- Gewinn
- , Abschöpfung, 117, 124, 126
- , entgangener, 108, 110, 124
- , Herausgabe, 110 f., 125, 127 f.
- Gleichrang der Grundrechte, 64, 70, 72,  
79 f., 97, 196, 340
- Grundrechte und Zivilrecht
- , in Deutschland, 35 ff.
- , in der Schweiz, 76 f.
- , in Frankreich, 75
- Günstigkeitsprinzip, 207 ff., 244, 263
- Haftungszone, 223, 296 f., 326
- Handlungsort
- , als alleiniges Anknüpfungsmoment,  
190 ff.
- , kollisionsrechtliche Lokalisierung,  
217 ff.
- , kollisionsrechtliches Ziel der  
Anknüpfung, 218 ff.
- , zuständigkeitsrechtliche Lokalisierung,  
295 ff.
- Harmonisierungsbestrebungen für das  
Internationale Deliktsrecht, 178 ff.,  
200 ff.
- Hauptverbreitungsgebiet, 311
- Heimwärtsstreben, 16, 18 f., 261
- Herausgabeort, 227, 296, 299, 314 f.
- Herausgeber, 154
- Herkunftslandprinzip, 181, 202, 333 f.
- Herstellungsort, 12, 19, 317, 334
- Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit,  
97, 136
- Innerer Entscheidungseinklang, 13, 18,  
194, 212, 214
- Interessen
- , Ausgleich, 188 f., 219
- , des Kollisionsrechts, 6 ff.
- , des Sachrechts, 19 ff.

- Internationale Zuständigkeit  
 -, Beschränkung der Kognitionsbefugnis,  
   *siehe* Kognitionsbefugnis,  
   Beschränkung der  
 -, Frankreich, 291  
 -, gesetzliche Regelungen, 285 ff.  
 -, Interessen, 284  
 -, Schweiz, 292  
 -, und Kollisionsrecht, *siehe*  
   Kollisionsrecht und internationale  
   Zuständigkeit  
 Internet, 2, 236 f.  
 Intimité de la vie privée, 129, 139, 146 f.,  
   166  
 Intimsphäre, 48 ff., 67, 72, 96, 100, 107  
 Kernbereich des Persönlichkeitsrechts,  
   48 f.  
 Kerntheorie, 150  
 Klägerbegünstigung, 288 ff., 301, 318 ff.  
 Kognitionsbefugnis, Beschränkung der  
 -, Deutschland, 261, 312  
 -, EuGH, 315 f.  
 -, Frankreich, 313 f.  
 -, Kritik, 317 ff.  
 -, und EuGVVO, 321  
 -, und Mosaikprinzip, *siehe* Mosaikprinzip  
   und Beschränkung der Kognitions-  
   befugnis  
 Kollisionsrecht  
 -, und EMRK, 26, 31 ff.  
 -, und Gemeinschaftsrecht, 24 f., 33  
 -, und höherrangiges Recht, 23 ff.  
 -, und internationale Zuständigkeit, 30,  
   305 f., 323 ff.  
 -, und Verfassungsrecht, 24, 80  
 Kommissionsentwurf, 185, 201 f., 268 ff.  
 Kommunikationsgrundrechte, *siehe*  
   Meinungsfreiheit, Pressefreiheit  
 Kunstfreiheit  
 -, Deutschland, 69 f.  
 -, Frankreich, 74  
 -, Schweiz, 78 f.  
 Lex fori, 16 ff., 143, 160, 167 f., 276 f.,  
   284, 324 f.  
 Lex loci delicti commissi, 15, 185 f.  
 Lex rei sitae, 167  
 Lizenzanalogie, 109 f., 121, 123 ff.  
 Lizenzgebühr, 109  
 Lois de police, 166 f.  
 Maßnahmen gleicher Wirkung, 332 ff.  
 Medienfreiheit, 78 f., 95  
 Meinungsfreiheit  
 -, Abgrenzung Pressefreiheit, 61  
 -, deutsches Verfassungsrecht, 51 ff.  
 -, französisches Verfassungsrecht, 72 f.  
 -, schweizerisches Verfassungsrecht, 78 f.  
 Methode der Informationsgewinnung, 66  
 Ministerrats-Vorentwurf, 176, 181, 185,  
   200 ff., 230, 269, 271, 276  
 Mosaikprinzip  
 -, contra Schwerpunkt Betrachtung, 261 ff.  
 -, Einschränkung der Vertriebsorte, 253 ff.  
 -, Inhalt, 253 f.  
 -, Kritik, 257 ff.  
 -, und Beschränkung der Kognitions-  
   befugnis, 312, 323 ff.  
 -, und Bestimmungsrecht, 256 f.  
 -, und forum shopping, 306  
 -, und Handlungsort, 244, 255 f.  
 -, und Unterlassungsanspruch, 193, 254 f.  
 Neutralität der Anknüpfungsregel, 80,  
   203 f., 208, 236, 289  
 Nichtermittelbarkeit der Rechtsordnung,  
   17 ff.  
 Opferschutz, 180, 249, 289 f.  
 Ordnungsinteresse, 12 ff.  
 Ordre public, 18 f., 24 ff., 163, 246, 281 f.  
 Orte erhöhter Bekanntheit, 236 f.  
 Parteiinteresse, 8 ff.  
 Personalstatut, 9, 162 ff., 213  
 Persönlichkeitsrecht  
 -, allgemeines verfassungsrechtliches,  
   38 ff.

- , allgemeines zivilrechtliches, 35, 63, 82 ff.
- , Bündel von Verhaltensnormen, 94, 145, 213, 322
- , Doppelnatur, 123 ff.
- , französisches Verfassungsrecht, 71 f.
- , immaterielles Recht, 1, 109, 137, 169, 190 f., 223, 230 ff., 299
- , schweizerisches Verfassungsrecht, 77 f.
- , verfassungsrechtliche Schranken, 47, 62 ff.
- , Verletzung, 91 ff.
- Persönlichkeitsrechtsschutz
  - , Deutschland, 82 f., 102 ff.
  - , Frankreich, 85 ff.
  - , postmortal, 1
  - , Schweiz, 84
  - , sekundärer, 104, 157
  - , Strafrecht, 42, 90, 99, 102 f.
- Platzdelikt, 186, 197, 200, 343
- Praktikabilität der Anknüpfung, 19, 165, 198, 257 ff., 277, 324
- Prävention
  - , Frankreich, 73 f., 145 f., 191 ff.
  - , Funktion des Unterlassungsanspruchs, 103, 140
  - , Funktion des Deliktsrechts, 111 f., 116 ff.
- Presseerzeugnis, 2
- Pressefreiheit
  - , Abgrenzung Meinungsfreiheit, 61
  - , deutsches Verfassungsrecht, 51 ff., 57 ff.
  - , französisches Verfassungsrecht, 72 f.
  - , schweizerisches Verfassungsrecht, 78 f.
- Prinzip der engsten Verbindung, 173
- Protection de l'honneur, 90
- Prozessökonomie, 206, 209 f., 226, 244, 257 f.
- Punitive damages, *siehe* Strafschadensersatz
- Quantität der Presseerzeugnisse, 248 ff.
- Recht am eigenen Bild, 42 ff.
- Recht am eigenen Wort, 44
- Rechtfertigungsgründe des Art. 30 EGV, 341
- Rechtsgüterschutzfunktion, 111, 189, 219, 228, 239
- Rechtsordnungs-shopping, 167
- Rechtssicherheit, 11 ff., 30, 175, 206, 273, 282, 305
- Rechtsvergleichen, 3 ff., 22 f., 70
- Rechtswahl
  - , allgemein, 273
  - , Beschränkung, 274 ff.
  - , nachträglich, 274 f.
- Redakteur, 155 f.
- Regelanknüpfung, 204 ff.
- Regelmäßigkeit des Vertriebs, 247
- Rückruf, 139, 149
- Rückverweisung, 278 ff.
- Sach- und Beweisnähe, 237, 288 f., 294 ff., 312 ff., 318
- Sachnormverweisung, 278 ff.
- Schadenseintrittsort, 228 f.
- Schadensersatz
  - , Berechnungsmethoden, 109
  - , materieller Schaden, 104 ff.
  - , immaterieller Schaden, 112 ff.
- Schadensort, *siehe* Schadenseintrittsort
- Schmähkritik, 52, 131, 140
- Schranken der Warenverkehrsfreiheit, 337 ff.
- Schutz vor psychischem Druck
  - öffentlicher Anteilnahme, 44 ff.
- Schutzoase, 164
- Schutzstatut, 212 ff.
- Schwerpunkt Betrachtung
  - , Einschränkung der Verbreitungsorte, 232 ff.
  - , Einschränkung der Vertriebsorte, 250 ff.
  - , und internationale Zuständigkeit, 310 ff.
- Selbstbestimmung des eigenen Persönlichkeitsbildes, 40 ff.

- Sensationsberichterstattung, *siehe*  
Wertgehalt des Presseerzeugnisses
- Shevill-Entscheidung, 315 ff., 323, 327
- Sicherstellung gleicher publizistischer  
Wirkung, 46
- Sorgfaltspflicht, journalistische, 105 f.,  
132, 147
- Spähren der Persönlichkeit, 47 ff., 69
- Spanier-Beschluss, 24
- Statut der angemessenen Eigengeschäfts-  
führung, 170
- Statut der Eingriffskondiktion, 169
- Steuerungsfunktion, *siehe* Verhaltens-  
steuerungsfunktion
- Störer, 152 f.
- Strafschadensersatz, 118, 282
- Streudelikt, 174, 185 ff., 260 ff., 194, 313,  
319
- Tatortprinzip, 171, 178, 186
- Territorialitätsgrundsatz, 213, 322
- Ubiquitätsprinzip  
-, Kollisionsrecht, 187 ff.  
-, und Diskriminierungsverbot, 335 ff.  
-, Zuständigkeitsrecht, 294
- Umfang des Deliktsstatuts, 212 ff.
- Unterhaltung, *siehe* Wertgehalt des  
Presseerzeugnisses
- Unterlassungsanspruch  
-, Anspruchsgrundlage, 138  
-, Anspruchsverpflichtete, 152 ff.  
-, Bedeutung, 2 f.  
-, extraterritoriale Durchsetzung, 150 f.  
-, gerichtliche Geltendmachung, 147 f.  
-, Rechtsnatur, 143 ff.  
-, und Mosaikprinzip, *siehe* Mosaikprinzip  
und Unterlassungsanspruch  
-, Zwangsvollstreckung, 149
- Unterlassungsverpflichtungserklärung,  
130, 132 f., 142
- Unterschiedslos angewandte Maßnahmen  
im Allgemeininteresse, 338
- Verbreiterhaftung, 156
- Verbreitungsort, 230 ff.
- Vereinheitlichung  
-, des Kollisionsrechts, 14, 23, 178 ff.,  
306  
-, des Sachrechts, 3, 334
- Verfassungsrecht  
-, und Kollisionsrecht, *siehe*  
Kollisionsrecht und Verfassungsrecht
- , Frankreich, 71 ff.  
-, Schweiz, 76 ff.
- Verhaltenssteuerungsfunktion, 228
- Verhaltenszentrale, 222
- Verkehrsinteresse, 10 ff.
- Verlagssitz, 222 f., 296
- Verleger, 152 f.
- Verletzungsort, 9, 229
- Vernichtung, 107, 139
- Veröffentlichungsanspruch, 132 f.
- Vertragskonforme Auslegung, 343
- Vertriebsort  
-, als Erfolgsort, 240 ff., 303 f.  
-, als Handlungsort, 224 f., 243 f., 297 f.  
-, Definition, 241  
-, Einschränkung, 245 ff., 250 ff.
- Vie privée, 87 f.
- Vorbereitungshandlung, 219 f., 222
- Vorentwurf der Kommission der Euro-  
päischen Gemeinschaft von 1972,  
179, 181, 185, 268
- Vorfrage, 212 ff.
- Vorhersehbarkeit der Rechtsordnung,  
11 f., 193, 211 f., 231 ff., 240 ff.,  
260 ff., 303
- Vorverhalten des Betroffenen, 67
- Waffengleichheit, 136
- Wahlrecht  
-, einseitiges, *siehe* Bestimmungsrecht  
-, gemeinsames, 273, 277, 283  
-, des Klägers, 290
- Wahrheitsgehalt, 52, 66
- Wahrheitspflicht  
-, absolute, 99

- , relative, 52 f.
- Wahrnehmung berechtigter Interessen, 98
- Warenverkehrsfreiheit
  - , Art. 28 EGV, 331 ff.
  - , Schranken, 337 ff.
- Weiterverweisung, 278 ff.
- Wertgehalt des Presseerzeugnisses, 59 f.,  
65, 79
- Wertungen des Sachrechts, 21
- Werturteil und Tatsachenbehauptung,  
55 f., 140
- Wesentlich engere Verbindung, 270 ff.
- Widerruf, 107, 132
- Wiederholungsgefahr, 133, 141 f.
- Wirksamkeitsinteresse, zuständigkeits-  
begründendes, 296, 311
- Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt
  - , als Schwerpunkt der Erfolgsorte,  
233 ff., 310
  - , unabhängig von Verbreitung, 237 f.,  
300
  - , Zuständigkeitsrecht, 300 ff.
- Zensur, 2, 57, 79, 136 f., 193, 265
- Zumutbarkeitskriterium für Beklagten,  
196
- Zuständigkeit, konkurrierende, 306, 308
- Zuweisungsgehalt, wirtschaftlicher,  
122 ff.
- Zwangskommerzialisierung, 117, 124
- Zweites Gesetz zur Änderung schadens-  
ersatzrechtlicher Vorschriften, 115

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

## Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobniq und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobniq, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.

- Fischer-Zernin, Cornelius:* Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15.*
- Förster, Christian:* Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101.*
- Freitag, Robert:* Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83.*
- Fricke, Martin:* Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32.*
- Fricke, Verena:* Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110.*
- Fröschle, Tobias:* Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49.*
- Fromholzer, Ferdinand:* Consideration. 1997. *Band 57.*
- Godl, Gabriele:* Notarhaftung im Vergleich. *Band 85.*
- Gottwald, Walther:* Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5.*
- Grigera Naón, Horacio A.:* Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28.*
- Grolimund, Pascal:* Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80.*
- Hahn, H. u.a.:* Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*
- Hartenstein, Olaf:* Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*
- Hein, Jan von:* Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*
- Hellmich, Stefanie:* Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*
- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*
- Jung, Holger:* Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77.*
- Junge, Ulf:* Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100.*
- Kadner, Daniel:* Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76.*
- Kannengießer, Matthias N.:* Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
- Kapnopoulou, Elissavet N.:* Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
- Karl, Anna-Maria:* Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
- Karl, Matthias:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Kircher, Wolfgang:* Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
- Klauer, Stefan:* Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
- Kliesow, Olaf:* Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
- Koerner, Dörthe:* Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
- Kopp, Beate:* Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
- Kronke, Herbert:* Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*

- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Steghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.



- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
  - Band 2. 1983. *Band 9*.
  - Band 3. 1990. *Band 25*.
  - Band 4. 1990. *Band 26*.
  - Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*